

Inhalt

Widmung	7
Prolog: Menschheitsdilemma Freiheit?	9
1. Warum ich dieses Buch schrieb	13
2. Mein Freiheitsverständnis	31
3. Von der Diktatur zu Freiheit und Einheit. Eine Skizze	37

I.

Uwe Johnsons Kinder: Prägungen und Vorstellungen

4. Der Westen im Osten bis 1989	55
5. Folgen der Massenflucht	68
6. Legenden von der DDR	75
7. Wirkt die Diktatur nach?	93

II.

Ankommen, wo man nicht hinwollte

8. Westblicke	101
9. Erwartungen Ost vs. West	109
10. Wer ist ostdeutsch?	122
11. Transformationsschock?	128

12.	Demokratie in Ostdeutschland	138
13.	Infantilisierung: Ostalgie	146

III.

Im Westen gegen den Westen

14.	SED-PDS-Linkspartei	153
15.	Das Prinzip Wagenknecht	164
16.	Keine demokratische Alternative: Die AfD	173
17.	Die AfD und die Ostdeutschen	184
18.	Ostdeutschland und Russland	190
19.	Für Antiutopismus und die Offene Gesellschaft: Garanten für Freiheit und Frieden . .	200
20.	Resümee	210
	Nachbemerkung	220
	Anmerkungen	221
	Register	233

PROLOG:

Menschheitsdilemma Freiheit?

«1 Von Elim brachen sie auf, und die ganze Gemeinde der Israeliten kam in die Wüste Sin, die zwischen Elim und Sinai liegt, am fünfzehnten Tage des zweiten Monats, nachdem sie von Ägypten ausgezogen waren. 2 Und es murrte die ganze Gemeinde der Israeliten wider Mose und Aaron in der Wüste. 3 Und die Israeliten sprachen: Wollte Gott, wir wären in Ägypten gestorben durch des Herrn Hand, als wir bei den Fleischtöpfen saßen und hatten Brot die Fülle zu essen. Denn ihr habt uns dazu herausgeführt in diese Wüste, dass ihr diese ganze Gemeinde an Hunger sterben lasst.»

(2. Mose 16/1–3, Luther 2017)

Willi Kufalt sitzt im Gefängnis. Er kommt frei. Er möchte es jetzt schaffen. Er schafft es nicht. Am Ende des Romans «Wer einmal aus dem Blechnapf frißt» (1934) von Hans Fallada landet er wieder im Knast: «Der erste aufregende Tag mit seinem Hin und Her, mit Vorführung, Einkleidung, Zuteilung ist vorüber, Einschluß ist gewesen, und Kufalt sitzt allein in seiner Zelle 207 auf dem Bett.

Durch das Gefängnis gehen noch die üblichen, altgewohnten Abendgeräusche: Ein Bett schlägt polternd auf den Fußboden, jemand pfeift in seiner Zelle selbstvergessen vor sich hin, und der Nachbar protestiert mit Gebrüll, zweie unterhalten sich ein Stockwerk tiefer von Fenster zu Fenster, ein Kübeldeckel klappert, ein Wachhund jault auf dem Hof.

Kufalt ist in Ordnung, Kufalt ist zufrieden. Er hat eine schöne Zelle gekriegt, Material alles tadellos, die Bürsten noch so gut wie neu Zu Anfang darf man nicht zu pampig sein im Bau, mit der Zeit lernt man das schon, wo man was riskieren kann Aber besser ist es hier als

draußen Kufalt hat die Decke schön hoch über die Schultern gezogen, im Kittchen ist es angenehm still, er wird großartig schlafen.

Fein, wenn man wieder so zu Hause ist. Keine Sorgen mehr. Fast, wie wenn man früher nach Hause kam, mit Vater zur Mutter.

Fast?

Eigentlich noch besser. Hier hat man ganz seine Ruhe. Hier quatscht keiner auf einen los. Hier braucht man nichts zu beschließen, hier hat man sich nicht so zusammenzunehmen.

Schön, so 'ne Ordnung. Wirklich ganz zu Haus.

Und Willi Kufalt schläft sachte, friedlich lächelnd ein.»¹

Die Geschichte existiert auch umgekehrt. In dem berühmten Spielfilm «Die Verurteilten» von Frank Darabont mit Tim Robbins und Morgan Freeman in den Hauptrollen. In dem Gefängnisdrama von 1994 gibt es einen zu langer Haft verurteilten alten Mann, der aus dem Gefängnis entlassen wird. Er nimmt eine Arbeit als Hilfskraft in einem Supermarkt an. Sein zugewiesenes Zimmer könnte an Tristesse kaum zu überbieten sein. Er ist einsam, versteht die Welt nicht mehr, sehnt sich nach den gewohnten Knastmauern und dem geregelten, wenn auch beschwerlichen und nicht immer gewaltfreien Alltag zurück, kommt mit seiner Freiheit nicht klar und bringt sich nach einem halben Jahr um.

Die Grundthese dieses Buches lautet: Ein nicht unbeträchtlicher Teil der ostdeutschen Gesellschaft erlitt ab dem Herbst 1989 einen Freiheitsschock. Freiheit bedeutet, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen und sich das Recht herauszunehmen, mitreden, mitgestalten, mitentscheiden zu wollen. Freiheit ist keine Voraussetzung, um freiheitlich zu leben. Freiheitlich kann man auch – vielfach mit entsprechenden Konsequenzen – in der Unfreiheit leben. In der Freiheit zu leben, setzt aber ein Staatsgebilde voraus, das die Rahmenbedingungen dafür bietet. In diesem Buch geht es darum, nachzuspüren, warum so viele Ostdeutsche (und nicht nur sie) so große Probleme haben, Freiheit und Offene Gesellschaft nicht nur als Zumutung, sondern als eine Chance zu sehen, die ihnen die Möglichkeit bietet, sich zu entfalten. Tatsächlich hat ein größerer Teil der Ostdeutschen einen «Freiheitsschock» erlitten, als es darum ging, nun das Heft des Handelns und die Gestaltung eigener

Wege in die Hände zu nehmen. Die meisten Ostdeutschen waren es nicht gewohnt und nicht darauf vorbereitet. Niemand erklärte ihnen, wie es geht. Sie selbst glaubten sogar, es zu können. Tatsächlich verwechselten die meisten materiellen Wohlstand mit Freiheit – ein Zusammenhang, den viele behaupten, den es aber tatsächlich in einer Offenen Gesellschaft, wie Karl Raimund Popper sie 1945 im neuseeländischen Exil entwarf, nicht gibt. Materieller Wohlstand macht vieles einfacher, er macht aber weder freier noch ist er eine Voraussetzung für Freiheit. Der «Freiheitsschock» vieler Ostdeutscher rührte daher, Freiheit als eine Folge materiellen Wohlstands, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anzusehen. Die «Ideen von 1989» waren Freiheitsideen – solche waren in der Geschichte zu selten mehrheitsfähig. Freiheit ist nichts, was einmal gegeben für immer existiert. Jede Generation muss den Umgang mit ihr, so ihr die Rahmenbedingungen gegeben sind, in Freiheit und Demokratie zu leben, neu erlernen. Viele Ostdeutsche haben den Sprung in die Freiheit nicht als Befreiung erlebt, nicht gefühlt. Ich nenne das Freiheitsschock.

1.

Warum ich dieses Buch schrieb

Freiheit versus Unfreiheit. Demokratie versus Diktatur. Um nichts Geringeres geht es in den Kämpfen unserer Zeit. Um nichts anderes geht es auch in diesem Buch. «Ostdeutschland» ist für mich längst zu einer Chiffre für diesen Kampf geworden. Ja, es ist ein Kampf, der droht, in Gewalt umzukippen. In dem Vernichtungsfeldzug der russländischen Föderation gegen die freie Ukraine geht es um Freiheit und Demokratie, die der Kreml fürchtet, weil sie seinen diktatorischen und imperialen Gelüsten zuwiderlaufen. Alexei Nawalny wurde von dem Putin-Regime totgemacht, weil sie in ihm zu Recht ein Symbol für Freiheit und Widerstand gegen die Diktatur sahen. Die Ukraine will sich die Kremldiktatur nicht wegen irgendwelcher Bedrohungen durch den Westen einverleiben, an die man auch in Moskau in Wahrheit nicht glaubt, oder wegen der NATO-Osterweiterung, die der Kreml jahrelang hinnahm, oder wegen Gefahren für Russen und Russinnen in der Ukraine, die auch Moskau nicht zu belegen vermag, oder wegen «Faschisten» in der Ukraine, die dort nicht über größeren Einfluss verfügen als in vielen Staaten Westeuropas oder in Russland selbst. Nein, die Ukraine soll erledigt werden wegen ihres Drangs zu Freiheit und Demokratie.

In «Ostdeutschland» spielen sich all die Kontroversen und Auseinandersetzungen im Kleinen ab, die es im Großen in Deutschland, Europa und auf der ganzen Welt zu beobachten gibt. Noch ist dieser Kampf um Freiheit «nur» ein Krieg des flächenmäßig größten Landes der Welt, Russland, gegen das flächenmäßig größte Land in Europa, die Ukraine. Vielen Menschen ist gar nicht bewusst, worum es dabei geht. Gerade in Ostdeutschland sehen viele nicht, dass es ihr Leben in Frei-

heit und Demokratie ist, das ihre andauernde Kritik, ihre Ablehnung und ihren Protest überhaupt nur ermöglicht. Viele wähnen sich in einer neuen Diktatur lebend und verzeichnen zugleich die Realitäten einer echten Diktatur, wie sie etwa in Russland längst wieder existiert oder wie es sie in der DDR gab.

In Deutschland tobt eine Deutungsschlacht um Demokratie, Diktatur, Krieg, Frieden. Fast täglich werden neue Zahlen, neue Umfrageergebnisse präsentiert und diskutiert. Der öffentliche Raum wird davon beherrscht – Demoskopie ist ein Wirtschaftsfaktor. Kaum jemand wagt noch zu fragen, worin der tiefere Sinn all dieser Umfragen eigentlich liegen könnte, Umfragen mit Ergebnissen, die selten länger aktuell bleiben als die Tageszeitung. Und weitaus aufwendigeren wissenschaftlichen Erhebungen und Auswertungen, wie sie etwa Sozialwissenschaftlerinnen oder Politologen präsentieren, haftet nicht selten der Charme des Gestrigen an. Die vieldiskutierten und aufwendigen Leipziger Autoritarismus-Studien oder der Bestseller «Triggerpunkte» lahmen ihrer Zeit jeweils hinterher – sie stellen interessante Momentaufnahmen dar, deren Zahlenmaterial zum Zeitpunkt der Veröffentlichung für Historiker hochinteressant ist, aber weniger von diesen, sondern sehr stark von Journalisten, Politikerinnen und anderen Sozialwissenschaftlern als Gegenwartsanalysen hergenommen werden.² Ihnen ist fast immer gemein, dass sie ein enormes Beruhigungspotential besitzen und entsprechend rezipiert werden. Merkwürdigerweise kontrastieren sie die Alltagserfahrungen landauf, landab. Nun hat Wissenschaft nicht die Aufgabe, die Alltagserfahrungen zu bestätigen. Aber etwas Unruhe darf schon aufkommen angesichts des Umstands, dass sich die jahrzehntelang so treffsicheren Wahlvorhersagen in letzter Zeit in den Wahlergebnissen nicht immer spiegeln. Hinzu kommt, dass sich nach der Finanzkrise 2008, der Migrationskrise 2015/16, der Coronakrise 2020/22 und dem ausgeweiteten Krieg der russländischen Föderation gegen die freie Ukraine seit 2022 die Gesellschaft wie in einer Dauererregungsschleife befindet, die gar keine verlässlichen Prognosen mehr zulässt. Die Neigung der meisten Politiker*innen, sich an demoskopischen Erhebungen zu orientieren, ist nicht nur demokratieunterhöhrend, sondern auch kurzsichtig. Denn wie glaubhaft ist eine solche Politik eigentlich? «Glaubhaftigkeit», «Vertrauen» sind wesentliche Pfeiler demokratischer Politik, aber

nicht an den Launen des Tages gemessen, sondern an der Zukunft. In den letzten Jahren geriet das politische System zunehmend unter Druck, weil sich ein Teil der Gesellschaft sichtbar radikalisierte und zunehmend dem bisherigen «Modell Bundesrepublik» den Rücken zukehrte. Aktuell können sich in Ostdeutschland zwei Drittel der Menschen vorstellen, einer gegen das Grundgesetz und gegen die bundesdeutsche Demokratie ausgerichteten Kraft ihre Stimme zu geben. Viele würden sagen, nein, nicht gegen das Grundgesetz, sondern gegen die konkrete Praxis: Sie fühlen sich nicht gehört, nicht ernst genommen, besäßen keinen Einfluss auf die Politik, die meisten Politiker*innen seien abgehoben und mit den eigentlichen Problemen nicht vertraut. Das müsse sich ändern. Merkwürdigerweise glauben diese zwei Drittel (auch im Westen wächst die Zahl derer, die so denken), dass sich ihre konkrete Lebenssituation und vor allem die bundesdeutsche Demokratie verbessern ließe, wenn extrem autoritäre, auf einen starken Staat setzende Kräfte an die Macht kämen. Und zwar von links wie rechts.

Diese Tendenzen können nicht allein mit Zahlen und Umfragen erklärt werden. Natürlich, es lassen sich Langzeitvergleiche anstellen und man kann signifikante Veränderungen (oder auch nicht) feststellen. Solche Versuche gibt es zuhauf. Auch in den Debatten um die deutsche Einheit sind seit 1990 unentwegt Zahlen von der einen wie der anderen Seite ins Feld geführt worden. Drei Jahrzehnte lang blieben die Standpunkte zementiert – immer mit Zahlen belegt. Erst als sich vor einigen Jahren der Blick weitete und neben den etatistischen immer stärker auch gesellschaftsgeschichtliche, soziologische und kulturelle Perspektiven einbezogen wurden, setzte sich öffentlich die Erkenntnis durch, dass die deutsche Einheit und ihre Folgen nicht allein ein finanzielles, ökonomisches und infrastrukturelles Problem war. Auch die aktuellen Debatten um die Spaltung der Gesellschaft, um die so genannte «Mitte der Gesellschaft», um die Radikalisierung größerer Teile der Gesellschaft sind keine, die sich allein mit Zahlen und Erhebungen führen ließen. Sie erklären das Gewordensein zu wenig oder gar nicht. So versteht sich mein Essay als ein Angebot, jenseits von schwer verstehbaren aktuellen Zahlen, die teilweise auch auf einer problematischen, nicht mehr zeitgemäßen Methode basieren (was freilich von allen heftig abgestritten wird, die damit arbeiten – ich sage nur mal als Beispiel: Telefonumfragen

im digitalen Zeitalter), nachzufragen, ob die Spaltung der Gesellschaft in Ostdeutschland überhaupt ein neues Phänomen ist und welche Gründe es für Phänomene wie Antiamerikanismus, Nähe zum Kreml, zu Wagenknecht, zur AfD oder den ungezügelter Hass in den Sozialen Medien und auf Demonstrationen geben könnte. Bei all dem geht es um Freiheit und Demokratie, und warum sie so umstritten sind. Mein Blick richtet sich auf Ostdeutschland, weil hier besonders deutlich und immer etwas früher als im Rest von Deutschland hervortritt, wie bedroht die Demokratie ist.

Dieses Buch geht der Frage nach, warum das eigentlich so ist. Warum werden Freiheit und Demokratie so geringschätzig betrachtet, warum zugleich Diktaturen wie die in Russland so verherrlicht? Natürlich, die meisten jener, die so denken, antworten sofort, aber in Deutschland gibt es doch gar keine Freiheit, keine Demokratie. Sie selbst würden sich doch für die «wahre», die «echte» Demokratie einsetzen, für die «echte» Freiheit. So argumentieren vor allem rechte Extremisten und haben dafür Resonanzräume in Ostdeutschland. Sie behaupten, wenn die deutsche Gesellschaft erst wieder «rein» und «gesäubert», durch «Remigration» völkisch gestärkt und die «links-grüne-woke Basis» eingegrenzt sei, würden Freiheit und Demokratie wieder vollumfänglich möglich sein. Daher zählt das Wort «Freiheit» zum Grundreservoir rechter Extremisten, von Faschisten und ihres politischen Arms in den Parlamenten, der «Alternative für Deutschland» (AfD).³ Ich jedenfalls bin nicht bereit, ihnen diesen Begriff und noch viel weniger den Inhalt zu überlassen. Für mich gibt es nichts Wichtigeres als Freiheit. Ohne Freiheit ist alles andere nichts wert. Es gibt keinen Frieden ohne Freiheit.

Aber auch linke Extremisten argumentieren, wenn auch unter anderen Vorzeichen, sie strebten die «wahre» und «echte» Demokratie und Freiheit an. Anders als rechte Extremisten können sie sich dabei auf theoretische Arbeiten und einige Klassiker der Revolte stützen, die ihnen in ihrer Annahme, nur soziale Gerechtigkeit, womöglich sogar soziale Gleichheit garantiere «echte» Demokratie, garantiere Partizipation für alle und damit «echte» Freiheit, zur Seite stehen. Die linke Idealisierung sozialer Gleichheits- und Gerechtigkeitsversprechen droht stets in extremistische Annahmen und Forderungen zu kippen – und in der historischen Realität tat sie es jedenfalls überall dort, wo Kommunisten an die

Macht kamen (und sie nirgends demokratisch, sprich durch freie Wahlen wieder abgaben). Linke reden ungern über Freiheit, ohne sie zu relativieren.⁴

Die historische Realität spricht überall dort, wo sie an die Macht kamen, gegen die linken und rechten Extremisten: Ihre totalen Staats- und Gesellschaftsvorstellungen führten regelmäßig zu totalitär verfassten Systemen, in denen systemlogisch kein Platz für jene war, die sich dem herrschenden Dogma nicht zu unterwerfen bereit zeigten oder die aus «objektiven» Gründen (Herkunft) zu Feinden erklärt und entsprechend ausgemerzt, vertrieben, unterdrückt wurden.

Daher hat sich die Verteidigung von Freiheit auch immer gegen jene zu wenden, die Freiheit für ihre totalitären und extremistischen Ziele zu instrumentalisieren versuchen. Ich werde in diesem Essay keine ausufernde Debatte um den Begriff Freiheit und Demokratie führen. Beides ist im Grundgesetz definiert. Es sind niemals Endzustände, sondern Idealzustände, die in ihrer denkbaren Vollkommenheit nie zu erreichen sind. Aber Staaten, die sich diesen Prinzipien, wie sie im Grundgesetz festgeschrieben worden sind, verpflichtet fühlen, garantieren einen Rahmen, in dem Freiheit und Demokratie theoretisch und praktisch immer weiter entwickelt und zugleich in ihrer Realität verteidigt werden können. Aber natürlich komme ich nicht umhin, zu Beginn zu skizzieren, was ich unter Freiheit verstehe.

Sodann schließt sich eine kurze Skizze an, die den ostdeutschen Weg von der Diktatur zur Einheit mit Blick auf das Buchthema umreißt. Diese Skizze ist von dem Grundgedanken getragen: Die deutsche Einheit ist nicht nur längst vollzogen. Sie ist auch eine Erfolgsgeschichte geworden. Das ist nur noch nicht durchgedrungen. Woran das liegt? Genau darum geht es in diesem Buch. Freiheit ist eine Angelegenheit, die nur funktionieren kann, wenn sich der Einzelne bewegt und sich in seine eigenen Angelegenheiten einmischt. Genau das wird einem in der Diktatur mit allen Mitteln abgenommen, abtrainiert, brutal weggenommen. Die Diktatur hasst das Individuum und strebt an, alles im Kollektiv aufgehen zu lassen. Je länger eine Diktatur währt, um so weniger ist das ihren Insassen bewusst, weil sie als Teil des Maschinenraums zunehmend den Blick für das Ganze verlieren. Auch das ist ein Diktaturziel. In der Diktatur kostet es nicht nur Mut, sondern auch erhebliche An-

strengung, um sich über das Ganze zu erheben und die Unmenschlichkeit und Brutalität zu erkennen. Hinzu kommt die enorme Energieleistung, die vonnöten ist, wenn die Diktatur gefallen ist, um zu erkennen, was war. Keine Diktatur geht im Zuge einer Revolution unter, an der sich eine Mehrheit beteiligt hätte. Revolutionen sind Angelegenheiten von Minderheiten – auch die von 1989! –, die sich gegen die Diktatur stellen. Die Masse, die übergroße Mehrheit, wartet ab und schlägt sich dann siegestrunken auf die Seite der Sieger. Das war bislang noch in jeder Revolution so und wird auch künftig so sein. So weit, so banal. Problematischer sind die Nachwirkungen, zumal, wenn es sich wie im Falle der kommunistischen Diktaturen auch um Weltanschauungssysteme handelt (das ist nicht bei jeder Diktatur der Fall). Die Kommunisten haben enorme Ressourcen in die Ideologieerziehung gelenkt. Von der Wiege bis zur Bahre sollte nicht nur alles stramm organisiert und uniformiert vonstattengehen. Nein, nicht nur das Sein, auch das Bewusstsein der Untertanen sollte gelenkt und einheitlich, nach militärähnlichen Normen ausgerichtet werden. Bis auf ein paar Hunderttausend besonders stramme Fanatiker der Staatspartei SED haben alle anderen diese ewigen Politschulungen und diese omnipräsente Ideologiedauerbeschallung an jedem Ort und jeder Ecke (nur nicht auf den Kirchengeländen) abgelehnt, haben sich darüber lustig gemacht, waren aber gezwungen mitzumachen, weil kein Berufsabschluss, kein Studium, keine Promotion, keine Funktionsstelle von Relevanz ohne ein wenigstens formales Bekenntnis zum menschenfeindlichen Marxismus-Leninismus (die Betonung liegt auf Letzterem) mit dazugehöriger Schulung und Prüfung möglich war. Jeder Mensch hatte das zu erdulden. Die meisten glauben bis heute, das hätte ihnen nichts ausgemacht, bei ihnen wäre nichts hängengeblieben. Was für ein grandioser Irrtum! Warum? Dafür muss niemand Psychologe sein, um zu wissen, dass jahrzehntelange Dauerpropaganda natürlich Folgen zeitigt – in allen möglichen Erscheinungsformen, nicht zuletzt solchen: Denen glaube ich nicht mal den Wetterbericht!

Die kommunistische Ideologie machte viele Menschen diskursunfähig, diskussionsunfähig und verleitete sie zu einer dichotomischen Wahrnehmung nicht nur der Welt, sondern von allem und jedem. Natürlich kann man sich der Folgen der omnipräsenten Dauerbeschallung

von der Wiege bis zur Bahre entledigen, aber nicht nur durch Passivität, durch Schweigen, durch Ignoranz. Nein, das funktioniert nur, wenn sich jeder Einzelne individuell bemüht, sich der ideologischen Eintrichterungen gewahr zu werden, und diesen aktiv entgegenarbeitet. Mit anderen Worten: Um das zu überwinden, bedarf es harter individueller Arbeit. Ich weiß natürlich, dass dazu nur wenige bereit und in der Lage sind. Das kostet nämlich nicht nur Zeit, sondern auch Mut, stellt man sich doch durch solcherart Erinnerungsarbeit auch selbst in Frage: Was, diesen Quatsch habe ich geglaubt, habe nicht widersprochen? Was, das ist gar nicht so, wie ich seit 20, 30, 60 Jahren annehme? Ach, dieser Begriff hat diese Bedeutung, diese Geschichte? Im Prinzip geht es dabei darum, anzuerkennen, dass die eigene Wahrnehmung, die der eigenen Gruppe und des eigenen Milieus weder unumstößlich noch unhinterfragbar ist. Es geht darum, die Einzigartigkeit der eigenen Weltanschauung und die Annahme, sie sei folgerichtig, logisch und vor allem vollkommen richtig, in Frage zu stellen. Ja, es geht darum, die Dichotomie als Selbstverständlichkeit in Frage zu stellen und zugunsten einer gelebten Pluralität aufzulösen, eine Möglichkeit, die nach heutigem und historischem Kenntnisstand ausschließlich im Rahmen staatlicher und gesellschaftlicher Demokratie und Freiheit möglich sind.

Dieses Buch ist – bis auf den Rahmenüberblick von der Revolution zur Einheit – getragen von kleineren, aufeinander aufbauenden, zugespitzt formulierten Kapiteln. Sie bieten keine vollständige, sondern eine problemorientierte Geschichte Ostdeutschlands seit 1989 und stellt in vielerlei Hinsicht eine Ergänzung zu meinem Buch «Die Übernahme» (2019) dar. Das Grundthema ist der Kampf um die Freiheit, und warum es so weit kommen konnte. Wie weit? Wir stehen an einer Wegscheide. Dieses Buch möchte wachrütteln. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden später einmal Widerständler im Untergrund konstatieren müssen: *Unsere Zeit* war die Zeit, als Demokratie und Freiheit preisgegeben wurden, als eine immer größer werdende Gruppe ihre Unzufriedenheit, ihre durchaus nachvollziehbare und zum Teil berechtigte Unzufriedenheit nicht mehr anders aufzulösen wusste, als Demokratie und Freiheit zugunsten autoritärer, diktatorischer, antidemokratischer, unfreiheitlicher und schlussendlich antihumaner Staats- und Gesellschaftsvorstellungen zu opfern. Die Lage ist weitaus ernster, als sie aussieht und von